

# Jahrhundertgift PFAS: Wo die Region belastet ist

In der Region gibt es ein massives Problem mit krebserregenden Schadstoffen. Das ist seit fast zehn Jahren bekannt. Eine neue Recherche zeigt nun, dass das Problem deutschlandweit noch viel größer ist als befürchtet.

VON KATHARINA DE MOS

**TRIER** Die Menschen in der Region Trier haben sich bereits dran gewöhnen müssen, dass man in Sichtweite der Airbase Spangdahlem oder der Ex-Airbase Bitburg besser nicht angelt, Gemüse aus Bächen bewässert oder in Teichen planscht. Zu gefährlich wäre dies angesichts der Schadstoffe namens PFAS oder PFT (siehe Info), die dort einst mit Löschschäumen gelangten und sich in Böden, Gewässern und dem Grundwasser angereichert haben.

Ganz anders dürfte es vielen anderen Menschen in Deutschland ergehen, die erst jetzt, durch eine neue journalistische Recherche erfahren, dass sie in der Nähe von Schadstoff-Hotspots leben:

An mehr als 1500 Orten lässt sich in Deutschland das Jahrhundertgift PFAS nachweisen. Das zeigt eine Recherche von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung. Die drei Medien haben darüber hinaus mehrere hundert Industriestandorte, Kläranlagen, Deponien, Flughäfen und Militärgelände identifiziert, bei denen die Gefahr besteht, dass auch hier Böden und Gewässer verunreinigt sein könnten.

Die Recherchen zeigen: Das Pro-



Am Flugplatz Bitburg ist die Belastung mit PFAS besonders hoch.

FOTO: PORTAFUG

blem ist viel größer als bisher bekannt. Und sie zeigen auch, dass die Bevölkerung in vielen Fällen bisher nicht über die Verschmutzung informiert wurde.

Das das in der Region Trier anders ist, liegt nicht etwa am besonders proaktiven Vorgehen rheinland-pfälzischer Behörden – auch wenn diese seit Jahren sehr offen und intensiv über die Problematik informieren.

Es liegt daran, dass ein Umweltschützer dem Trierischen Volksfreund 2014 vertrauliche Unterlagen des US-Militärs zugespielt hatte. Es handelte sich um Daten von den Grundwassermessstellen rund um die Airbase Spangdahlem. Zahlen, die zeigten, dass das Wasser bis in

Tiefen von fast 80 Metern stark mit per- und polyfluorierte Chemikalien belastet war – und nach wie vor ist. Denn obwohl seit Jahren über eine Schadstoff-Sanierung gesprochen wird, ist noch nicht viel passiert, was das Problem wirklich beheben würde. Die Substanzen stehen im Verdacht, krebserregend zu sein und diverse andere Krankheiten auszulösen. Ein Problem, das wegen der Trinkwasserbrunnen im Kylltal selbst in Trier relevant ist – auch wenn die im Trinkwasser gemessenen Schadstoff-Konzentrationen bisher winzig und unbedenklich sind.

Seitdem ist das Thema in der Öffentlichkeit, und seitdem hat sich herausgestellt, dass keinesfalls nur Spangdahlem betroffen ist. Auch Bitburg, der Fliegerhorst Büchel, der Nato-Stützpunkt Ramstein und der Flughafen Hahn sind Hotspots, die auch den Journalisten von NDR, WDR und SZ ins Auge gestochen sind. Im Rahmen des „Forever Pollution Project“ haben sie alle belasteten Orte auf einer interaktiven Karte auf tagesschau.de sowie auf sz.de eingezeichnet.

Und diese Karte zeigt, was man in der Region längst vermutete: Bitburg und Spangdahlem zählen zu den mit Abstand am stärksten belasteten Or-

ten Deutschlands. Sie leuchten in der Karte dunkelrot, was für eine Belastung von mehr als 100.000 Nanogramm PFAS pro Liter Wasser oder Kilogramm Boden steht. In Bitburg wurde der Karte zufolge 2018 sogar 490.000 Nanogramm im Boden gemessen, in Spangdahlem 120.000.

Reporterinnen und Reporter von 18 europäischen Medien haben im „Forever Pollution Project“ mehr als 100 Datensätze aus ganz Europa miteinander verbunden und so europaweit mehr als 17.000 Orte mit relevanter PFAS-Verschmutzung lokalisiert, darunter mehr als 2.000 Hotspots mit erheblichen Gefahren für die menschliche Gesundheit. Mehr als 300 dieser Hotspots befinden sich der Recherche zufolge in Deutschland.

Vermutlich ist die Zahl verunreinigter Orte noch deutlich höher, denn Behörden testen bislang nicht systematisch auf eine Verschmutzung mit PFAS. Deshalb haben NDR, WDR und SZ mit ihren europäischen Partnern die wissenschaftliche Methodik des PFAS-Project-Lab der amerikanischen Northeastern University auf Europa übertragen. Dadurch konnten in Deutschland zusätzlich mehrere hundert Orte identifiziert werden, an denen Boden und Grundwasser möglicher-

weise verschmutzt sind. In Europa hat das Projekt sogar mehr als 20.000 solcher Orte lokalisiert und auf einer Karte veröffentlicht. In Verdacht stehen Standorte der Textil- und Plastikindustrie sowie der Metallveredelung und der Papierindustrie, dazu Flughäfen, Militärstandorte, Deponien und Kläranlagen.

In Deutschland gibt es der Recherche zufolge zudem sechs Fabriken, die PFAS produzieren – das sind der Erhebung zufolge mehr als in jedem anderen Land in Europa. In und um diese Fabriken herum besteht wohl die größte Gefahr, dass die Umwelt massiv verseucht ist. Diese Fabriken stehen in Bad Wimpfen (Solvay), in Frankfurt (Daikin), in Leverkusen (Lanxess) und im bayerischen Chemiepark Gendorf bei Burgkirchen an der Alz, wo sich gleich drei PFAS-Produzenten niedergelassen haben (3M, W.L. Gore und Archroma). Alle Produzenten schreiben, dass sie sich an die gesetzlichen Vorschriften halten und sich um eine Reduzierung der Schadstoffe bemühen, nur die Firma Archroma hat auf mehrere Anfragen nicht reagiert. Die Firma 3M, die in Gendorf produziert, hat angekündigt, bis Ende 2025 aus der PFAS-Produktion auszusteigen.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) sagte im Interview mit dem ARD-Politikmagazin Panorama, dass die ganze Stoffgruppe der PFAS grundsätzlich überprüft und die gefährlichen Stoffe verboten werden müssten, „weil wir uns nicht leisten können, sie weiter in diesem Umfang in die Umwelt zu entlassen – mit teilweise unbekanntem Folgen, aber der Sicherheit, dass sie uns Jahrzehnte oder Jahrhunderte begleiten werden.“

Vor gut zwei Wochen hatte die zuständige EU-Behörde ECHA einen Vorschlag von fünf Ländern, darunter Deutschland, vorgestellt, die Stoffgruppe der PFAS überwiegend zu verbieten. Bislang sind nur zwei Stoffe der Gruppe verboten, PFOS und PFOA – Stoffe, die in der Region Trier in Tausendfach zu hohen Konzentrationen in Bächen, Böden oder dem Grundwasser nachgewiesen wurden.

Die mehr als 10.000 Stoffe sollen – mit einer Übergangsfrist von wenigen Jahren – nicht mehr verwendet werden dürfen. Doch die Industrie

läuft schon seit vielen Monaten Sturm gegen ein drohendes Verbot.

Rund 100 Lobby-Verbände und Firmen wirken dafür auf die zuständige EU Behörde ECHA ein, darunter auch deutsche Großkonzerne wie Bayer und BASF. Das geht aus mehr als 1200 Dokumenten hervor, die Reporter des „Forever Pollution Project“ mit Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz in Brüssel erhalten haben. Die Unternehmen versuchen, das Verbot mit Ausnahmen zu verwässern. BASF und Bayer schreiben auf Anfrage, ein mögliches Verbot dürfe nicht die Verwendung von PFAS in Schlüsselsektoren verhindern. BASF nennt etwa Batterien, Halbleiter, Elektrofahrzeuge und erneuerbare Energien. Eine Entscheidung über das PFAS-Verbot wird wohl im Jahr 2025 fallen.

So oder so wird das Problem die Region Trier noch Jahrzehnte beschäftigen und viele Millionen Euro Steuergeld verschlingen.

## INFO

### Was sind PFAS und wozu dienen sie?

Sogenannte **PFAS**, per- und polyfluorierte Chemikalien, sind eine Gruppe von mehr als 10.000 künstlich hergestellten Stoffen. Sie sind wasser-, fett- und schmutzabweisend und werden fast überall eingesetzt: in Regenjacken, beschichteten Pfannen und in dem Papier, in das Burger eingewickelt werden. Auch Löschschäume zur Brandbekämpfung oder die Kühlmittel in Wärmepumpen können PFAS enthalten. Wenn sie einmal in der Umwelt sind, bleiben sie dort für sehr lange Zeit und reichern sich auch im menschlichen Körper an. PFAS stehen in Verdacht, unfruchtbar zu machen und zu Fettleibigkeit und Krebs zu führen.

## WWW

Eine interaktive Karte zum Thema finden Sie online auf [volksfreund.de](http://volksfreund.de)

## EXTRA

### Was ist das Forever Pollution Project?

Das **Forever Pollution Project** wurde finanziell unterstützt vom Journalismfund.eu und von Investigative Journalism for Europe (IJ4EU) und umgesetzt mit Hilfe von Arena for Journalism in Europe und deren Food & Water-Netzwerk. Neben, NDR, WDR und SZ waren die fol-

genden Medien beteiligt: Le Monde (Frankreich), Knack (Belgien), Denik Referendum (Tschechien), Politiken (Dänemark), YLE (Finnland), Reporters United (Griechenland), Radar und Le Scienze (Italien), Radio Latvia (Lettland), The Investigative Desk und NRC (Niederlande), SRF (Schweiz), Datadista (Spanien), Watershed Investigations und The Guardian (Großbritannien).

# Sexuelle Nötigung von Messdiener – Ex-Pfarrer verurteilt

Seit Jahren gibt es Vorwürfe sexualisierter Gewalt gegen einen früheren Pfarrer aus dem Bistum Trier. Jetzt ist er verurteilt worden – wegen eines sexuellen Übergriffs auf einen Messdiener. So begründet der Richter sein Urteil.

**SAARBRÜCKEN** (dpa) Wegen sexueller Nötigung eines Messdieners ist ein früherer Pfarrer vor dem Landgericht Saarbrücken zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der katholische Geistliche aus dem Bistum Trier 1997 im seinem Pfarrhaus saarländischen

Freisen einen 14-Jährigen gedrängt hatte, sexuelle Handlungen an sich zu dulden. Der heute 69 Jahre alte Angeklagte hatte die Vorwürfe bis zuletzt bestritten.

Der Messdiener habe zu dem Pfarrer ein „enges, vertrauensvolles Verhältnis“ gehabt, sagte der Vorsitzende Richter Thomas Emanuel am Donnerstag. Am Tatabend habe er

mit dem Jungen nach einem Gottesdienst Alkohol getrunken und ihn dann mit Gewalt auf ein Bett gedrückt, sexuell berührt und seine Bitte, aufzuhören, missachtet. Schließlich sei es dem Jungen gelungen, ins Badezimmer zu fliehen. Dort habe er um Hilfe gerufen, ohne dass ihn jemand hörte.

Der Pfarrer habe danach versucht,

ihn zu beschwichtigen, mit den Worten, „das sei normal und nicht so schlimm“, sagte Emanuel. Der Junge sei geschockt gewesen, habe aber danach an dem guten Verhältnis zu dem Geistlichen festgehalten. Der Angeklagte sei für ihn so etwas wie ein „spiritueller Mentor“ und Vorbild gewesen, da der Messdiener selbst Pfarrer werden wollte – und es auch geworden ist.

Bis heute leide der Betroffene „massiv“ unter den Folgen der Tat, sagte der Richter. Man könne von einer posttraumatischen Belastungsstörung sprechen – mit Schlafstörungen und Ängsten. Dessen Aussage sei „überzeugend und plausibel“ gewesen, sagte Emanuel. Nichts deute auf ein „Rache- oder Falschbelastungsmotiv“ hin. Zudem passe die Tat in das vor und nach dem Tatgeschehen festgestellte Verhalten des Priesters gegenüber anderen Kindern.

Das Verfahren geht zurück auf eine Strafanzeige des Bistums Trier, nachdem der Geschädigte Angaben gegenüber dem erzbischöflichen Offizialat Köln, dem Kirchengericht, gemacht hatte. Gegen den Mann liegen seit Jahren mehrere Vorwürfe wegen sexualisierter Gewalt von unterschiedlichen Betroffenen vor. In dem Prozess hatten rund 20 Zeugen ausgesagt, darunter fünf weitere mutmaßliche Betroffene.

Nach Ansicht des Gerichts hatte der Pfarrer bereits ab den 1980er Jahren Übergriffe auf Messdiener

verübt: auch auf Ferienfreizeiten oder auf Urlaubsfahrten. Jene Fälle seien nicht Teil der Anklage gewesen, ließen aber Rückschlüsse auf den Umgang des Mannes mit Kindern zu, sagte Emanuel.

Gegen den Priester hatte es mehrfach strafrechtliche Ermittlungen wegen Vorwürfen sexualisierter Gewalt gegeben, die aufgrund von Verjährung von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden waren. Seit Mai 2016 darf der Mann nach einem Verbot des Trierer Bischofs nicht mehr als Priester öffentlich wirken.

Der Angeklagte vernahm den Richterspruch ohne Regung. Die Bewährungszeit wurde auf vier Jahre festgelegt. Zudem muss der Mann eine Geldstrafe von 2500 Euro an Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen zahlen.

Die Plädoyers waren unter Ausschluss der Öffentlichkeit gehalten worden. Das Gericht begründete das damit, dass der Prozess bereits zum Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt worden war. Unter anderem hatte der von der Tat betroffene Mann, der als Nebenkläger im Prozess auftrat, hinter verschlossenen Türen ausgesagt.

Nach Angaben von Prozessbeteiligten hatte die Staatsanwaltschaft eine Strafe von zweieinhalb Jahren gefordert, die Nebenklage schloss sich an. Die Verteidigung plädierte demnach auf Freispruch. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

# Frau verklagt Trierer Bischof auf Schmerzensgeld

**TRIER** (KNA) Knapp ein Jahr, nachdem der Trierer Bischof Stephan Ackermann den Klarnamen einer unter Pseudonym bekannten Betroffenen sexueller Übergriffe offengelegt hat, wehrt sich die Frau laut einem Medienbericht juristisch.

Die als „Karin Weißenfels“ bekannte Frau und ihre Prozessbevollmächtigten hätten am Mittwoch beim Arbeitsgericht Trier gegen Ackermann persönlich und gegen das Bistum Trier Klage auf Zahlung eines Schmerzensgelds in Höhe von 20.000 Euro eingereicht, berichtete die „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“.

Ackermann – so die Klägerseite – habe die Frau durch die im März 2022 erfolgte Klarnamennennung „erheblich retraumatisiert“. Darüber hinaus sei sie „gravierend in ihrem Persönlichkeitsrecht verletzt“ worden.

Ackermann hatte den bürgerlichen Namen der Frau vor etwa 40 Mitarbeitenden des Bistums enthüllt. Daraufhin hatte er eine Unterlassungserklärung unterzeichnet und die Frau um Entschuldigung gebeten. Die Frau aus dem Bistum Trier hatte als „Karin Weißenfels“ mehrfach von „geistlichem Missbrauch“ und sexuellen Übergriffen durch einen Priester vom Ende der 1980er- bis Anfang der 2000er-Jahre berichtet.

Produktion dieser Seite:  
Marius Kretschmer



Vor dem Landgericht Saarbrücken ist der Prozess gegen einen früheren Pfarrer (rechts), hier neben seinem Anwalt Christoph Lerg, zu Ende gegangen. Der Mann soll im Jahr 1997 in einem Pfarrhaus einen 14 Jahre alten Messdiener sexuell motiviert berührt und dazu körperliche Gewalt angewendet haben.

FOTO: BECKERBREDEL/DPA